

„Wir fordern belastbare und nachhaltige Zukunftskonzepte für das Rheinische Revier. Wir brauchen einen Einstieg in einen Strukturwandel, der gute Industriearbeit sichert.“

DER REVIER-APPELL



UNSER REVIER! UNSERE ZUKUNFT!

Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne die Leistungen und Opfer der Menschen im Rheinischen Braunkohlerevier undenkbar gewesen. Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Appells, haben die Sorge, dass viele Entscheidungsträger in Bund und Land nicht nur den enormen Beitrag des Rheinischen Reviers zum wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik Deutschland vergessen, sondern auch die herausragende industrielle und politische Bedeutung unserer Region für den Wirtschaftsstandort Deutschland aus den Augen verloren haben.

Im Rheinischen Revier ist die Braunkohle ein zentraler Wirtschaftsfaktor. An ihr allein hängen in der Region mehr als 30.000 Arbeitsplätze. Der Teilbetrag der Wertschöpfung aus Braunkohle, der heute in die drei Braunkohlereviere fließt, ist deutlich größer als die Summe der Fördermittel, die in ganz Deutschland für Strukturpolitik zur Verfügung stehen.

Die Bundesregierung will in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ Maßnahmen vereinbaren, um das für 2030 gesetzte Ziel der CO₂-Reduktion zu erreichen und gleichzeitig die Lücke zum für 2020 gesetzten Wert von 40 Prozent Minus gegenüber dem von 1990 so weit wie möglich zu schließen. Dazu sollen unter anderem ein Plan zur „schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung, einschließlich eines Abschlussdatums“ entwickelt und Investitionen in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen und Branchen verabredet werden.

Die Pläne verfolgen hunderttausende Mitarbeiter in der Energiewirtschaft und der energieintensiven Industrie mit großer Sorge. Der Pfad für ein Auslaufen der Kohleverstromung ist heute bereits vorgezeichnet - durch in den kommenden Jahrzehnten auslaufende Genehmigungen und dadurch, derzeit keine neuen Kraftwerke gebaut werden. Die Klimaschutzziele 2030 und 2050 lassen sich deshalb auch ohne ein symbolisch gesetztes Ausstiegsdatum für die Kohleverstromung erreichen.

Ein verfrühtes, von Symbolpolitik getriebenes „Abschalten“ würde dagegen schmerzhaft Folgen für die gesamte heimische Industrie haben: Kahlschlag in den Regionen, steigende Energiepreise und Jobabbau. Niemandem ist geholfen, wenn wir uns mit der Energiewende übernehmen.

Die Braunkohle ist vor allem deshalb Deutschlands günstigster Energieträger, weil sie direkt am Ort des Abbaus verstromt wird. Die „lineare Logik“ eines schrittweisen Herunterfahrens funktioniert hier deshalb nicht. „Abschalten“ würde den Strukturbruch und damit Kahlschlag bedeuten!

Diesen geradezu fahrlässigen Umgang mit unserer Heimatregion lassen wir, die Menschen im Rheinischen Revier, uns nicht länger gefallen!

Wir fordern belastbare und nachhaltige Zukunftskonzepte für das Rheinische Revier. Wir brauchen keinen überhasteten, unkontrollierten Ausstieg aus der Kohle. Wir brauchen einen Einstieg in einen Strukturwandel, der gute Industriearbeit sichert.

Wir brauchen eine Energiewende, die sozial gerecht, wirtschaftlich vernünftig und ökologisch verantwortungsvoll gestaltet wird. **Strom, Wärme und Mobilität müssen bezahlbar sein.**

Wir brauchen ein **weltweit verbindliches Klimaabkommen** als wichtigste Voraussetzung für einen wirksamen Klimaschutz. Nur so lässt sich ein fairer Ausgleich zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern sicherstellen.

Wir brauchen eine Ausrichtung der Energie- und Klimapolitik an **der Förderung und Umsetzung von Innovationen.**

Wir brauchen eine langfristige Strukturpolitik, die dem Revier zu neuer Wirtschaftskraft in vergleichbarer Größenordnung verhilft.

Wir wissen, dass die Braunkohleverstromung eine Auslaufphase durchläuft. Aber wir wollen nicht, dass die soziale und wirtschaftliche Zukunft unserer Region auf dem Altar energiepolitischer Glaubensfragen geopfert wird!



Die Zukunft unseres Reviers gehört uns!

Wir sprechen uns dafür aus, dass nun endlich Bund, Land, Kommunen und auch das verantwortliche Bergbau betreibende Unternehmen RWE ihre Kräfte bündeln, indem sie gemeinsam und aufeinander abgestimmt in einen klugen, nachhaltigen STRUKTURWANDEL investieren, der in unserer Heimatregion neue, zukunftssträchtige industrielle Arbeitsplätze schafft.

Für uns gilt:

Jetzt muss es ein konsistentes REGIONALES STRUKTURENTWICKLUNGSKONZEPT für das Rheinische Revier und die dazu erforderlichen langfristigen Förderkullissen von Bund, Land und RWE geben, damit neue industrielle Wertschöpfungsketten und Gute Arbeit in vergleichbarem Umfang wie heute existieren. Das gilt selbstverständlich nicht nur für unsere Region, sondern auch für die anderen deutschen Kohleregionen.

In diesem Sinne erwarten wir, dass die Bundesregierung und die NRW-Landesregierung jetzt das Gespräch mit den betroffenen Kommunen und den Beschäftigten im Rheinischen Revier suchen, um die konkreten Forderungen der vor Ort Betroffenen an die eingesetzte Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ zu entwickeln.

Unsere Forderungen für eine gute Zukunft unserer Heimatregion:

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Appells, haben die folgenden Forderungen als eine Art Positionsbestimmung der Betroffenen im Rheinischen Revier formuliert. Wir erheben hier weder den Anspruch auf Vollständigkeit, noch auf die allein seligmachende Wahrheit.

Wir halten es aber für dringend geboten, dass die politisch Verantwortlichen unserer Region diese Punkte aufnehmen, damit endlich das Revier selbst formuliert, wie es seine Zukunft gestalten will!

1. Die Zukunft des Reviers ist der Maßstab

In ihrem Einsetzungsbeschluss für die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (KOM WSB) legt die Bundesregierung fest, dass die Kommission zuerst ihre Empfehlungen zur sozialen und strukturpolitischen Entwicklung der Braunkohleregionen sowie ihrer finanziellen Absicherung vorlegen soll. Wir begrüßen diese Prioritätensetzung!

Das diese Empfehlungen bereits bis Ende Oktober fertiggestellt sein sollen, halten wir nicht für realisierbar – jedenfalls nicht, wenn man die betroffenen Regionen ernsthaft in die Erarbeitung dieser Empfehlungen einbeziehen will.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, den betroffenen Braunkohleregionen ein BETEILIGUNGSKONZEPT vorzulegen.

2. Es geht nicht um Abbau, sondern um Aufbau

Wir legen Wert darauf, dass die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (KOM WSB) keine Abwicklungs- oder Ausstiegskommission ist. Nicht die negative Botschaft, etwas abzuschaffen, sondern der Aufbau neuer, nachhaltiger, weiter industriell geprägter regionaler Strukturen muss im Vordergrund stehen. Ebenso muss die Standortsicherung der vielen energieintensiven Industrien im direkten und weiteren Umfeld des Rheinischen Reviers gewährleistet sein. Dies bedeutet bezahlbare Strompreise, wie sie noch auf längere Zeit nur mit der Braunkohle möglich sind.

Wir fordern alle politisch Verantwortlichen auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, indem sie gemeinsam mit den Menschen im Revier an einer neuen Erfolgsstory zur Weiterentwicklung des Rheinischen Reviers zu einer Innovationsregion arbeiten.



3. Wir brauchen ein regionales Strukturentwicklungskonzept

Wir brauchen nicht nur schöne Prestigeprojekte, sondern auch ein in sich schlüssiges, auf einer genauen Analyse aufbauendes, regionales Strukturentwicklungskonzept, welches maßgeschneidert auf die Kommunen rund um die Tagebaue und Kraftwerksstandorte eine nachhaltige Strukturentwicklung fördert.

Wir fordern den Bund und das Land NRW auf, ein REGIONALES STRUKTURENTWICKLUNGSKONZEPT für das Kerngebiet des Rheinischen Braunkohlereviere als das zentrale Instrument einer zielgerichteten regionalisierten Strukturentwicklung aufzusetzen.

4. Ganzheitlich denken und wirklich alle Kräfte intelligent bündeln!

Ein erfolgreicher Strukturwandel im Rheinischen Revier kann nicht allein mit den jetzt vorgesehenen Strukturmitteln des Bundes erzielt werden. Vielmehr sind vorhandene Instrumente und Mittel intelligent zu bündeln, um die Infrastruktur der Region in den Bereichen Verkehrsnetze, digitale Netze, Forschung, Bildung, Technologie und Wohnen aus- bzw. umzubauen.

Wir fordern deshalb die NRW-Landesregierung und die Bundesregierung auf, einen umfassenden Entwicklungsansatz zu wählen, in dem Instrumente wie der Bundesverkehrswegeplan, die Digital-, Technologie- oder Industrie 4.0-Strategie, der Breitbandausbau usw. aufeinander abgestimmt im Rheinischen Revier angewandt werden. Dazu sollte der Region des Rheinischen Reviers ein entsprechender SONDERSTATUS zugewilligt werden.

5. Stärken der Region nutzen

Unser Revier besitzt etwas, woran es anderen Regionen oft fehlt: neu nutzbare Flächen! Darüber hinaus ist unsere Region nicht nur in der Energieerzeugung stark, sondern auch in der Energieforschung und in der Energietechnologieentwicklung.

Diese Alleinstellungsmerkmale und die industriellen Kompetenzen müssen zum zentralen Ausgangspunkt der Regionalentwicklung gemacht werden. Daher brauchen wir in diesen Bereichen einen entsprechenden Sonderstatus in der Flächen- und Landesentwicklungsplanung der NRW-Landesregierung.

6. Neu orientieren und dabei Energie- und Industrieregion bleiben

Wir wollen keine „Deindustrialisierung“, sondern weiterhin eine Energie- und Industrieregion bleiben. Gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, moderne industrielle Strukturen, Energieforschung, aber auch neue Technologien zur Energiegewinnung und Energiespeicherung sollen tragende Säulen der regionalen Strukturentwicklung bleiben.

An diesen Vorgaben und nicht an abstrakten „Leitmärkten“ sollte sich die zukünftige Förderung unserer Region durch Land und Bund orientieren.

7. Gegen Zentralismus und Kirchturmdenken: EINE regionale Plattform

Für die Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung eines regionalen Strukturentwicklungskonzeptes braucht es eine Arbeitsplattform in Form eines regionalen Entwicklungsmanagementbüros. Die IRR hat einen großen Beitrag zur Entwicklung einer „Revier-Identität“ geleistet und zum ersten Mal die ehemals unstrukturierten strukturpolitischen Ideen sortiert und damit besser handhabbar gemacht. Doch mit ihrem jetzigen Zuschnitt und ihrer bisherigen Arbeitsweise kann die IRR die jetzt dringend notwendige Aufgabe einer effektiven regionalen Arbeitsplattform nicht erfüllen. Sie müsste dafür entsprechend zu einer regionalen Entwicklungsagentur umgebaut, oder aber eine solche Agentur müsste für den Bereich des Kernreviers rund um die Tagebaue und Kraftwerksstandorte neu geschaffen werden.

Wir sehen die Landesregierung in der Pflicht, eine regionale Entwicklungsagentur zu entwickeln und deren Arbeit eng mit einer auf die Sondermerkmale des Rheinischen Reviers abgestimmten Landesentwicklungsplanung zu verzahnen.



8. Unser Revier hat Zukunft!

Wir sind davon überzeugt, dass ein solider organisierter Strukturwandel auf der Grundlage eines regionalen Strukturentwicklungskonzeptes, welcher mit einer in sich konsistenten politischen und finanziellen Begleitung von Bund und Land einhergeht, bei der bereits vorhandene Förderinstrumente und Entwicklungsstrategien intelligent gebündelt und vernetzt werden, eine großartige Chance für eine gute Zukunft unserer Heimatregion eröffnet. In diesem Sinne sehen wir unseren Appell als Diskussions- und Arbeitsgrundlage.

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger, Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sowie insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Gewerkschaften dazu ein, sich dabei einzubringen.

Wir sind überzeugt:

**UNSER REVIER HAT ZUKUNFT!
PACKEN WIR ES AN!
GEMEINSAM!**

Initiatoren:

Markus Sterzl
ver.di-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
Karlstrasse 123 - 127
40210 Düsseldorf

Frank Löllgen
Landesbezirksleiter Nordrhein
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf



ERSTUNTERZEICHNER/INNEN



ERSTUNTERZEICHNER/INNEN



ERSTUNTERZEICHNER/INNEN

